

Europäische Heuchelei-Union

VON JOSEF JOFFE

Europa hat ein fürchterliches Problem, das gerade besonders sinnfällig durch das verpatzte Mißtrauensvotum des Straßburger Parlamentes dramatisiert wurde. Es knirscht heftig bei der demokratischen Kontrolle der Machthaber – zumal jener wahren Bosse Europas, die als „Kommissare“ (so hießen sie auch bei Stalin) die alltägliche Politik in Brüssel bestimmen.

Was ist geschehen? Die EU-Abgeordneten wollten das Geburtsrecht eines klassischen Parlamentes ausüben: mit einem Mißtrauens-Votum die Exekutive stürzen, und zwar wegen Unterschleif, Vetternwirtschaft und Korruption. Bloß: So demokratisch hatten sich die Gründerväter ihr Europa nicht vorgestellt. Also verfügten sie damals, was das Mißtrauens-Votum in eine rein theoretische Waffe verwandelte. Erstens: Es darf nicht dieser oder jener gekippt werden, sondern nur die ganze Kommission. Zweitens: Dazu muß das Euro-Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit aufbieten.

Das hat am Donnerstag natürlich nicht geklappt – ebensowenig wie bei den vier vorherigen Versuchen. Wie soll es denn? Man wollte ja nicht den tüchtigen Karel van Miert, den Wettbewerbs-Kommissar, oder irgendeinen anderen seiner unbescholtenen Kollegen feuern. Es ging vorweg um zwei Kommissare: die Französin Edith Cresson und den Spanier Manuel Marin, die vergeudet, verschlampt und begünstigt hätten. Aber wegen dieser beiden faulen Äpfel den ganzen Korb kippen? Das Recht dieses Parlamentes, die Exekutive nur ganz oder gar nicht zu züchtigen, ist wie eine Atombombe: Weil ihre Wirkung so verheerend ist, wird sie nie gezündet. Und so war es auch beim fünften Aufmarsch der Mißtrauens-Matadore; zur Zwei-Drittel-Mehrheit fehlten 136 Stimmen.

Mit dem, was Mme Cresson angelastet wird, hätte sie sich zu Hause kaum halten können; tatsächlich wurde sie wegen diverser Fehlritte in Paris schon nach 323 Tagen aus dem Amt des Premiers gekegelt. Aber die demokratischen Kontrollmechanismen funktionieren in Europa nicht. Das beginnt schon damit, daß ein Kommissar nicht gewählt wird, sondern die Ausgeburt eines Kuhhandels zwischen den Staaten ist. Es gibt nur eine sehr schwache EU-Öffentlichkeit; allenfalls einen Abklatsch jener wachsam Meute, die in Paris, Bonn oder London die Mächtigen im Auge behält. Kommission und Ministerrat (der die Staaten und damit die wirkliche Macht repräsentiert) betrachten das Prinzip Offenheit mit etwa der gleichen Zuneigung wie weiland das Breschnewsche Politbüro.

Herrschaft des Apparats

Und das Parlament – der eigentliche Widerpart der Macht? Es selbst hat (fast) keine. Gesetzesvorlagen einzubringen – dieses klassische Vorrecht der Parlamente gehört, welch Ironie, der Kommission. Das zweite klassische Privileg – die Kontrolle über den Haushalt – muß sich das EU-Parlament mit dem Ministerrat teilen. Diese Straßburger Versammlung, obwohl längst nicht mehr so impotent wie am Anfang, hat einen breiten Raum zum Reden und einen ziemlich schmalen zum Handeln. Was Wunder, daß in diesem Rund politische Karrieren nicht angestrebt, sondern zu Ende gebracht werden – von wohlverdienten Heimatpolitikern, die noch zu jung für den Ruhe-, aber schon zu alt für den Aufstand sind.

Vor allem gibt es keine Opposition, die den Herrschenden auf den Fersen bleibt. Zu welcher Partei gehören denn die Regierenden? Eine unsinnige Frage angesichts des realexistierenden Europas. Aber wenn es keine richtige Regierung gibt, sondern nur den Apparat der Kommission und das Kungel-Gremium des Minister-, genauer: Staatenrates, wem

soll man dann auf die Finger schauen und klopfen? Die Machthaber müssen vor dem Parlament auch deshalb keine Angst haben, weil diese Vielvölker- und Vielparteien-Versammlung diffus und deshalb machtunfähig bleibt.

Warum das ein fürchterliches Problem ist? Weil Europas Macht über die Bürger wächst – und des Bürgers Macht über Europa schrumpft. Das beste Beispiel ist der Euro, der größte Integrationsprung überhaupt, der seit 1. Januar die gewaltige Macht über Geld- und Konjunkturpolitik auf europäischer Ebene konzentriert. In Straßburg aber hat niemand einen entsprechenden Demokratie-Schub registriert – nur das Gegenteil: den gescheiterten Mißtrauensantrag.

Das Problem dabei ist, daß ein Pseudo-Parlament der Lächerlichkeit anheimfällt, während das immer mächtiger werdende Europa immer mehr Ressentiment auf sich zieht. Der Bürger muß wissen, wie er seiner gesichts- und namenlosen Herrscher Herr werden kann – wie er die Souveränität wiedererlangen kann, die ihm Jahr für Jahr nach Brüssel wegrinnt. Sonst gerät Europa in Gefahr, und zwar dort, wo es am gefährlichsten ist: in den Köpfen der Europäer.

Brüsseler Legitimitätslücke

Ganz praktisch: Das EU-Parlament muß das Recht bekommen, einzelne Kommissare zu kippen; dann kämen auch Zwei-Drittel-Mehrheiten zustande, deren Möglichkeit allein eine ungeheuer disziplinierende Wirkung auf die Kommission hätte. Es muß Untersuchungsausschüsse geben, die schmerzhaft Sanktionen verhängen können. Das Parlament muß das ureigene Recht bekommen, Gesetze selber einzubringen – und dazu die Oberherrschaft über den Haushalt. Dann werden sich auch ganz andere Kaliber als Kandidaten fürs Parlament melden – Leute, die das Gefühl haben, daß in Straßburg kein glorifiziertes Schüler-Parlament steht, sondern eine Art Washingtoner Repräsentantenhaus.

Statt die EU mit Drohungen kirre zu machen („Wir wollen unser Geld wieder, oder wir stoppen die Ost-Erweiterung“), sollte die Bundesregierung während ihrer Ratszeit das vielzitierte Demokratie-Defizit anpacken. Gerade den Alt-Acht-undsechzigern Schröder und Fischer stünde es gut zu Gesicht, das emanzipatorische Arsenal aus den Jugendtagen zu entstauben und frisch aufpoliert auf Europa zu richten. Dies wäre alles andere als ein ideologischer Nostalgie-Trip. Denn in Europa gibt es erstens einen Heuchelei-Überschuß dergestalt, daß die EU-Mächtigen auf ihren vielen Gipfel- und Regierungskonferenzen Demokratie viel lieber proklamieren als praktizieren. Aber schlimmer noch ist die Legitimitäts-Lücke, die davon herrührt, daß 370 Millionen EU-Bürger Europas Macht immer mehr zu spüren bekommen, ohne das Gefühl zu haben, diese Macht identifizieren und kontrollieren zu können.

Wenn wir noch im 18. Jahrhundert lebten, würde sich angesichts dieser Schere zwischen Staats- und Volksmacht eine klassische vorrevolutionäre Situation aufbauen. Immerhin haben die Jung-Amerikaner dem dritten Georg von England just mit diesem Slogan die Gefolgschaft aufgekündigt: „No taxation without representation“ – Rechtens ist nur, wenn das Volk dem zustimmt, was der Staat sich nimmt. Mag sein, daß das Staatsvolk der Europäer noch nicht richtig begriffen hat, wie sehr sich die Machtgewichte von Bonn, Paris und Rom nach Brüssel (und Frankfurt mit seiner Europäischen Zentralbank) schon verschoben haben. Sie werden sich weiter verschieben und eine immer tiefere Legitimitäts-Lücke schlagen, wenn die Bürokratie auch das sechste Mißtrauensvotum nicht fürchten muß.